



# Koalitionsvertrag Zusammenfassung

## Die wesentlichen Aspekte für die Selbsthilfe von Familien mit Kindern und jungen Erwachsenen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen

[Den Koalitionsvertrag finden Sie hier zum selbst nachlesen ...](#)

### 1. II. Moderner Staat, digitaler Aufbruch und Innovationen

#### Innovation, Wissenschaft, Hochschule und Forschung Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft

- > Verlässliche Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft
- > Familien- und behindertenpolitische Komponente für alle verbindlich machen (S. 23)

### 2. IV. Respekt, Chancen und soziale Sicherheit in der modernen Arbeitswelt

- > Sichere Beschäftigung
- > Mindestlohn erhöhen
- > Modernes Arbeitsrecht soll Sicherheit und fair ausgehandelte Flexibilität ermöglichen
- > Sicherung des Rentenniveaus + Ergänzung durch kapitalgedeckte Elemente
- > Bürgergeld
- > Moderne sektorenübergreifende Gesundheit- und Pflegepolitik (S. 65-66)

## Arbeit

### Arbeitszeit und Arbeitsort (S. 68-69)

- > Flexiblere Arbeitszeiten im Rahmen von Tarifverträgen
- > Erörterungsanspruch über mobiles Arbeiten und Homeoffice für Beschäftigte in geeigneten Bereichen (Betriebe können den Anspruch nicht sachfremd oder willkürlich ablehnen)

### Sozialstaat, Altersvorsorge, Grundsicherung (S. 72)

- > Bürgerfreundlicher, transparenter und unbürokratischer
- > Umfassende Digitalisierung von Leistungen, wie Information, Beratung, Antragstellung
- > Automatische Auszahlung von zustehenden Leistungen aus einer Hand

### **Bürgergeld (S. 75-78)**

- > Aktualisiertes System der Grundsicherung (statt Hartz IV)
- > Soll Potenziale der Menschen in den Vordergrund stellen und nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt zur gesellschaftlichen Teilhabe ermöglichen
- > Beratung auf Augenhöhe mit Vertrauensbeziehung
- > Stärken und Entwicklungsbedarfe durch Kompetenzfeststellungsverfahren ermitteln; Zertifizierung von „Soft Skills“
- > Ausweitung der Möglichkeit Grundsicherung mit einem Einkommen aufzustocken
- > Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Arbeit sollen mit jährlichem Freibetrag gestaltet werden

### **Inklusion (S. 78-80)**

- > Bundesprogramm Barrierefreiheit: Barrierefreiheit in allen Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens (Deutsche Bahn, öffentliche Gebäude, Wohnen, Gesundheit, digital)
- > Dazu passende Überarbeitung des Behindertengleichstellungsgesetzes, Barrierefreiheitsgesetzes und Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes
- > Verpflichtung privater Anbieter von Gütern und Dienstleistungen zum Abbau von Barrieren oder angemessenen Vorkehrungen, sofern nicht möglich
- > Ausnahmemöglichkeiten des ÖPNV bis 2026 abschaffen
- > Pressekonferenzen, öffentliche Veranstaltungen von Bundesministerien und nachgeordneten Behörden, Informationen zu Gesetzen und Verwaltungshandeln sollen in Gebärdensprache übersetzt und untertitelt werden; in leichter Sprache übersetzt werden (Einrichtung eines Sprachendienstes in Bundeskompetenzzentrum Leichte Sprache/Gebärdensprache)
- > Arbeitsmarktintegration von Menschen mit Behinderung
  - o Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber:innen
  - o Vierte Stufe der Ausgleichsausgabe für jene einführen, die trotz Beschäftigungspflicht keine Menschen mit Behinderung beschäftigen
  - o Vollständige an das Integrationsamt übermittelte Anträge werden nach sechs Wochen automatisch genehmigt (ohne Bescheid)
  - o Mittel aus der Ausgleichsausgabe sollen zur Unterstützung und Förderung der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eingesetzt werden
  - o Förderstrukturen sollen darauf ausgerichtet sein, Menschen so lange und inklusiv wie möglich am Arbeitsleben teilhaben zu lassen
  - o Stärkere Etablierung des betrieblichen Eingliederungsmanagements:  
Soll flächendeckend, nach einheitlichen Qualitätsstandards verbindlich werden
  - o Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) sollen stärker auf Integration und Begleitung von Beschäftigungsverhältnissen ausgerichtet sein:  
Entwicklung eines transparenten, nachhaltigen und zukunftsfähigen Entgeltsystems in den WfbM
- > Generelle Weiterentwicklung von Teilhabeangeboten
  - o Stärkung von Inklusionsunternehmen durch formale Privilegierung im Umsatzsteuergesetz
- > Umstellung des klassischen Schwerbehindertenausweises auf den digitalen Teilhabeausweis
- > Konsequente Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes

- Beendigung von Übergangslösungen
- Abbau von bürokratischen Hemmnissen
- > Vermeidung von Lücken in der optimalen Versorgung bezüglich Uneinigkeiten im Verhältnis zwischen Eingliederungshilfe und Pflege
  - Schaffen von Maßnahmen für schnellere, unbürokratischere und barrierefreie Antragsverfahren
- > Schaffung eines Assistenzhundegesetzes
- > Studie zum Teilhabestärkungsgesetz
  - Soll durch ein Förderprogramm durchgeführt und ausgeweitet werden
- > Prüfung der Regelbedarfsstufe 1 in besonderen Wohnformen
- > Mehr Teilhabe und politische Partizipation von Menschen mit Behinderung an wichtigen Vorhaben auf Bundesebene
  - Erhöhung von Mitteln des Partizipationsfonds
- > Inklusion im Sport stärken
  - Projekt „InduS“ und inklusive Ligen
  - Unterstützung der Vorbereitung und Durchführung der Special Olympics World Games 2023 in Berlin
- > Prüfung einer Reform der Contergan-Stiftung, die den Betroffenen mehr Mitsprache ermöglicht

## **Pflege und Gesundheit**

### **Pflege**

- > Unterstützung des bedarfsgerechten Ausbaus der Tages- und Nachtpflege und insbesondere der solitären Kurzzeitpflege (S. 81)
- > Stärkung der häuslichen Pflege  
Zusammenfassung von Leistungen wie Kurzzeit- und Verhinderungspflege in unbürokratischem, transparentem und flexiblem Entlastungsbudget mit Nachweispflicht (S. 81)

### **Ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung**

- > Stärkung der Versorgung schwerstbehinderter Kinder und Entlastung der Familien von Bürokratie (S. 85)
- > Ausbau von sozialpädiatrischen Zentren (S. 85)

## **3. V. Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung ein Leben lang**

### **Kinder und Jugend**

- > Anpassungen zur Umsetzung der inklusiven Jugendhilfe im SGB VIII sollen erarbeitet und in dieser Legislatur gesetzlich geregelt werden (S. 99)

## **4. VI. Freiheit und Sicherheit, Gleichstellung und Vielfalt in der modernen Demokratie**

### **Sport**

- > Erarbeitung eines „Entwicklungsplans Sport“  
Ausweitung der Investitionen in Sportstätten von Kommunen und Vereinen unter Beachtung von Nachhaltigkeit, Barrierefreiheit und Inklusion (insbesondere Schwimmbäder) (S. 113)
- > Berücksichtigung des besonderen Bedarfs von Behindertensport bei der Sportförderung (S. 113)

### **Gleichstellung**

#### **Schutz vor Gewalt**

- > Absicherung des Rechts auf Schutz vor Gewalt für jede Frau und ihre Kinder unter Berücksichtigung der Bedarfe vulnerabler Gruppen (Frauen mit Behinderung, geflüchtete Frauen, queere Menschen) (S. 114-115)